

Zur sozialen Absicherung von Unternehmern

Seit Jahren wird insbesondere unter den kleinen Unternehmern die Frage der sozialen Absicherung bei Krankheit, Insolvenz sowie Altersvorsorge diskutiert. Dies betrifft sowohl Gewerbetreibende als auch Freiberufler, Einzelunternehmer und Mitunternehmer, die so genannten Solo-Selbständigen und Unternehmer mit Mitarbeitern sowie Gesellschafter-Geschäftsführer von GmbH, die sozialrechtlich als Selbständige eingestuft werden. Neben den in den Sozialgesetzbüchern (SGB) enthaltenen Möglichkeiten zur Pflicht- oder freiwilligen Versicherung gibt es auch eine Reihe von Möglichkeiten, die seitens der privaten Versicherungswirtschaft angeboten werden. Möglichkeiten der eigenen Vorsorge gibt es mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung genügend – das Problem liegt in der Finanzierbarkeit dieser Vorsorgeaufwendungen für viele Kleinunternehmer. Die gesetzliche Sozialversicherung wurde durch Bismarck vor über 100 Jahren für Arbeitnehmer begründet. Stellt sie auch eine Vorsorgemöglichkeit für Selbständige dar und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Grundthese unserer Auffassungen ist, dass es auch für Selbständige einen Platz in der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Sozialversicherung geben muss. Das SGB I formuliert im § 4 „Jeder hat im Rahmen dieses Gesetzbuchs ein Recht auf Zugang zur Sozialversicherung.“

Da der Arbeitgeberanteil der solidarischen, weitestgehend (noch) paritätisch finanzierten Sozialversicherung für Unternehmer entfällt, müssen diese die Beiträge aus eigener wirtschaftlicher Kraft erbringen. Bezogen auf den Gewinn als Einkommen¹ wären dies bei den aktuellen Beitragssätzen 40,35% (ohne Umlagen) für die Kranken- und Pflegeversicherung, die Arbeitslosenversicherung sowie die Rentenversicherung, um gesetzlich vorgesehene Leistungen zu erhalten. Dazu kommen dann noch Aufwendungen für die Unfallversicherung, eine zusätzliche private Rentenversicherung als notwendige 2. Säule der Altersvorsorge, die Absicherung von nicht mehr im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung enthaltenen Leistungen, empfohlen wird eine zusätzliche private Pflegeversicherung. Ohne viel Phantasie entsteht da schnell eine Belastung von 50% und mehr, bezogen auf den Gewinn. Kein Wunder, dass viele Kleinunternehmer eine preiswertere ausschließlich private Versicherungslösung anstreben oder chronisch unterversichert sind. Die zahlreichen Kleinunternehmer, die inzwischen ebenfalls als prekär Beschäftigte bezeichnet werden können, bewegen sich und damit auch ihre Familien häufig außerhalb jeglicher ausreichender Vorsorge. Soziale Probleme und Altersarmut sind vorprogrammiert. Das Argument – warum macht sich jemand selbständig, wenn er davon nicht leben kann – zeugt von Unkenntnis der Situation bei den aus sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen freigesetzten „selbständig“ Erwerbstätigen, den Scheinselbständigen, den Sub-Unternehmern und denen, für die Selbständigkeit der einzige Ausweg aus Langzeitarbeitslosigkeit war.

Dieses Problem wurde inzwischen auch partiell von der Politik erkannt, die Lösungsansätze sind jedoch eher marginal oder unrealistisch. Der Sozialbeirat der Bundesregierung stellte in seinem Gutachten vom Dezember 2009 fest, dass zwei bis drei Millionen Selbständige ohne obligatorische Altersversorgung sind und schlägt eine Pflichtversicherung für alle Unternehmer in der gesetzlichen Rentenversicherung vor (z. Zt. 19,9% des Einkommens).² Noch brisanter stellt der Sozialbeirat in seinem Bericht 2010 die soziale Lage Selbständiger, insbesondere die Alterssicherung dar, Drucksache 17 / 52 7 2011 Dt. Bundestag. Die Trennung von Arbeitnehmern und Gewerbetreibenden in den sozialen Sicherungssystemen wird grundlegend infrage gestellt.

Für die Krankenversicherung werden unterschiedliche Modelle von der Kopfpauschale bis zur Bürgerversicherung diskutiert. Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat im vorigen Jahr bereits zwei Anträge bzw. Gesetzesinitiativen in den Bundestag eingebracht (17/777 vom 23.02.2010 sowie 17/1141 vom 23.03.2010). Alle diese Initiativen sind lobenswert, beinhalten jedoch nur punktuelle Veränderungen. Das generelle Problem der Finanzierbarkeit einer ausreichenden Vorsorge bleibt häufig unberücksichtigt.

OWUS als Unternehmerverband insbesondere kleiner Unternehmer stellt sich dieser Problematik und unterbreitet eigene Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Selbständigen. Die Initiative dazu ging vom OWUS-Unternehmertreff in Markkleeberg unter Leitung von Gerald Bindig aus. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht dabei eine verbesserte Einbeziehung der Unternehmer in das gesetzliche System der Sozialversicherung, private Vorsorgelösungen sind nur als Ergänzung gedacht. Mit einer Petition an den Deutschen Bundestag wurde der Versuch unternommen, die

¹ Wobei die Frage noch zu beantworten wäre, ob tatsächlich der Gewinn die Bemessungsgrundlage ist (steuerrechtlich die Einkünfte) oder nicht wie bei Arbeitnehmern die Einnahmen; die SGB verwenden den Begriff der Einnahmen

² http://www.sozialbeirat.de/files/sozialbeirat_gutachten_2009_1.pdf

Aufmerksamkeit auf dieses Problem zu lenken. Dabei geht es u.a. darum, die starre Mindestbeitragsbemessung in der Kranken- und Pflegeversicherung zu beseitigen und durch eine einkommensbezogene Beitragsberechnung und Versicherungsgestaltung analog der von abhängig Beschäftigten zu ersetzen. Es geht um eine zeitidentische Beitragsbemessung und auf Grundlage eines zu definierenden Unternehmerlohnes um die hälftige Zuordnung der Sozialausgaben zu den Betriebsausgaben. Federführend wandte sich OWUS Sachsen an die Geschäftsführungen aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Eine informelle Zusammenarbeit gibt es mit dem Bereich Solo-Selbständige bei ver.di.

Die bisherigen Reaktionen aus den Regierungs- und Oppositionsparteien können als „durchwachsen“ bezeichnet werden. Neben prompten und verständnisvollen Reaktionen gab es auch lang andauerndes Schweigen oder Hinweise auf die Grundsatzdebatten zur Bürgerversicherung. Fazit nach 2 Jahren Bemühungen – es gibt keine handfesten Veränderungen der Situation, aber zunehmend Ansprechpartner, die das Problem erkannt haben. Der Dachvorstand von OWUS hat deshalb beschlossen, im Herbst eine Beratung aller Beteiligten und Interessenten einzuberufen, um über konkrete Möglichkeiten der Verbesserung der sozialen Situation von Kleinst- und Kleinunternehmern zu diskutieren. Dabei geht es um bezahlbare Lösungen, die der Besonderheit einzelunternehmerischer Tätigkeit ohne festes Monatsgehalt Rechnung tragen. Ideen und Vorschläge sind gefragt und werden gern vom Vorstand (kontakt@owus.de) bzw. vom Stammtisch in Markkleeberg (Graph-Pack-Bindig@t-online.de) entgegengenommen. Interessant wären auch Vorstellungen insbesondere der IHK und HWK, die bekanntermaßen die Interessen ihrer Mitglieder vertreten (sollen). Sind doch die betroffenen Unternehmer Mitglied kraft Gesetz.